

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung

der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- und Bade-Anstalten, Massage- und Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern etc.

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 30,
Winterfeldstr. 24. — Fernsprecher: Amt 9, 6488.
Redakteur: Heinrich Bürger.

Berlin,
den 3. August 1906.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ viertel-
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2.— M.
Postzeitungs-Liste Nr. 3164.

Inhalt:

Die Verhältnisse des Personals der städtischen Heil- und Pflegeanstalt und das Dresdener Stadtverordnetenkollegium. I. — Sozialdemokratische Interessensvertretung verboten. „Streit“ im Krankenhaus Am Urban. — Aus den Anstalten. — Berichtenes. — Anzeigen.

Die Verhältnisse des Personals der städtischen Heil- und Pflegeanstalt und das Dresdener Stadtverordnetenkollegium.

I.

In der Sitzung am 28. Juni d. J. mußten sich die Dresdener „Stadtväter“ wieder einmal eine jener so „beliebten“ Debatten über die Dienst- und Gehaltsverhältnisse städtischer Arbeiter anhören und zwar betraf es diesmal das Pflegepersonal. Den Anlaß zu dieser äußerst wichtigen Diskussion gab ein Beschluß des Rates, dem Oberpflegepersonal eine Dienst erleichterung zu verschaffen. Die Begründung dieses Ratsantrages ist mehr als interessant; zeigt sie doch ganz deutlich, daß über die tatsächlichen Verhältnisse keine genaue Kenntnis vorhanden zu sein scheint. Es wird da nach dem amtlichen Sitzungsbericht wörtlich gesagt:

Die Entlastung der Oberpfleger und Oberpflegerinnen in der städtischen Heil- und Pflegeanstalt.

Der Berichterstatter St.-R. Dr. med. Baummann: Meine Herren! Im Jahre 1901 sind die Stellen von drei Oberpflegern und drei Oberpflegerinnen bei der städtischen Heil- und Pflegeanstalt von uns begründet worden. In jenem Jahre waren dort 150 Pfleger und Pflegerinnen angestellt und 2349 erkrankte Personen untergebracht. Im Jahre 1905 war nun, trotzdem 220 der leichteren Kranken in das Luisenhaus und in die Klingenberg Heilanstalt übergeführt worden waren, die Pflegerzahl auf 2757 gestiegen. Die Pfleger und Pflegerinnen, die in der städtischen Heilanstalt bedienstet sind, haben schon viele Erleichterungen im Dienste erfahren; zudem ist ihre Zahl immer mit steigender Krankenzahl gewachsen, so daß sich bei ihnen eine große Ueberlastung nicht geltend gemacht hat.

Anderes ist es bei den Oberpflegern und Oberpflegerinnen. Diese haben einerseits durch die größere Zahl der Kranken und der hierdurch bedingten Vermehrung des Pflegepersonals, dessen Tätigkeit ebenfalls der Aufsicht bedarf, andererseits auch wegen der Häufung der schwereren Fälle — da die leichteren in die Anstalt Luisenhaus und in die Klingenberg Heilanstalt übergeführt worden sind — mehr Arbeit bekommen. Sie sind fortwährend qualitativ sowohl als quantitativ mehr und mehr in Anspruch genommen worden. Um ihnen den anstrengendsten Dienst zu erleichtern, will man ältere Pfleger und Pflegerinnen beordern, als Hilfsobepfleger und Hilfsobepflegerinnen jene zu unterstützen und sie in manchen Fällen zu ersetzen. Jede Hilfs-

kraft soll dafür monatlich 10 M. Zuschuß zu ihrem etatsmäßigen Staffeldgehalte bekommen. Wer die Verhältnisse der städtischen Heil- und Pflegeanstalt kennt, wird diese Forderung nur gerechtfertigt finden können. Ich bitte Sie um Annahme des gedruckt vorliegenden Gutachtens. Dieses lautet:

Kollegium wolle dem Beschlusse des Rates beitreten.

Der Rat hat beschlossen, dem Oberpflegepersonal bei der städtischen Heil- und Pflegeanstalt einen Hilfsobepfleger und zwei Hilfsobepflegerinnen beizugeben, diesen vom 1. Juli d. J. ab eine Funktionszulage von je 10 M. monatlich neben dem Staffeldgehalte zu gewähren und den auf das laufende Jahr entfallenden Betrag von 210 M. aus Nr. 6 ee der Position 45 d des diesjährigen Haushaltsplans zu bewilligen.

Der Vorsitzende: Herr Stadtverordneter Uhlig!

Anknüpfend an diesen Ratsbeschuß nahm Stadtverordneter Genosse Uhlig Gelegenheit, auf die Lage des Pflegepersonals einzugehen. Er sagte folgendes:

St.-R. Korrektor Uhlig: Meine Herren! Ich will mich dem Vorschlage des Ausschusses nicht entgegenstellen! Ich habe die Ausführungen des Herrn Berichterstatters der Unruhe halber nicht hören können, ich glaube aber, ihn dahin verstanden zu haben, daß eine stärkere Belastung des Pflegepersonals im Verhältnis zu den Oberpflegern nicht zu verzeichnen ist. Ich bin entgegengesetzter Meinung und betone dies, falls der Herr Berichterstatter das ausgeführt haben sollte; ich bin der Meinung, daß nicht sowohl eine zu starke Belastung der Oberpfleger, als vielmehr eine große Belastung des Pflegepersonals vorhanden ist; und wenn ich schon sagte, daß ich mich heute der Annahme des Gutachtens nicht widersetzen will, so nur, weil es vielleicht auch Aussichten für das Pflegepersonal eröffnet, und ich möchte doch dafür plädieren, daß man eine Entlastung des Pflegepersonals ins Auge faßt. Wenn der Herr Vorsteher gestattet, so möchte ich einige kurze Sätze aus der „Sanitätswarte“ zitieren, um das zu belegen. Es heißt in der „Sanitätswarte“ — das ist nota bene das Organ der organisierten Krankenpfleger usw. — :

„Vor allem ist es (worüber gellagt wird) die unzureichende Zahl der Pfleger in den Häusern (Männerabteilung) H. und F. Ersteres wird als Aufnahmeabteilung bezeichnet und ist mit 60 bis 70 Kranken belegt. Die Zahl der Pfleger beträgt hier 15. Es kommen demnach auf 1 Pfleger 4 bis 5 Patienten. Da im allgemeinen, wenigstens in den Landesanstalten, 1 Pfleger durchschnittlich 6 Patienten zu versorgen hat, ließe sich hier nicht viel einwenden. Im Haus F wird aber die Geschichte ganz anders. Dieses Haus beherbergt die unruhigen, irrsinnigen Patienten und ist mit 160 bis 170 belegt. Die Zahl der Pfleger ist 16. Demnach kommen auf einen 10 bis 11. Das ist auf alle Fälle zu viel. Nun kommt aber noch hinzu:

ein Pfleger muß den Küchen- und Postdienst versehen, zwei Pfleger werden mit Gartenarbeit beschäftigt; und da auch für beurlaubte Pfleger ein Ersatz nicht gestellt wird, kommt es häufig vor, daß von den 16 Pflegern 5 bis 6 abzurechnen sind. Jedoch auch die übrigen 10 bis 11 sind mit anderen Arbeiten, als da sind Treppen- und Korridorfeuern, sehr belastet."

Ich kann für meine Person nicht kontrollieren, inwieweit diese Dinge den Tatsachen entsprechen; da sie aber schon am 11. Mai 1906 veröffentlicht worden sind und ihnen nicht widersprochen worden ist, darf man wohl annehmen, daß diese Angaben stimmen.

Auch aus den Kreisen des Pflegepersonals direkt kommen Klagen über große Belastung. So wird darüber geklagt, daß das Personal eine 14 stündige Arbeitszeit hat, und zwar diese Arbeitszeit ohne Pause absolvieren muß, wie es Punkt 9 der Dienstanweisung besagt und wie es in der Praxis tatsächlich auch der Fall ist. Es kommt hinzu, daß durch die Art des Dienstes eine ganze Anzahl von Erschwerungen eintritt, so daß in diesen 14 Stunden ein sehr anstrengender Dienst zu leisten ist. Dann kommt noch hinzu, daß bei den alle 10 bis 14 Tage zu leistenden Meservewachen sich der Nachtdienst abends 8 Uhr unmittelbar an den Tagesdienst anschließt; er geht in den morgens 6 Uhr anfangenden Tagesdienst über, so daß sich ein ununterbrochener Dienst von 30 Stunden ergibt. Dazu kommt ferner, daß in der Irrenabteilung die Pfleger mit den Geisteskranken zusammen schlafen, und es wird vom Personal zum Ausdruck gebracht, daß da an ein Schlafen und Ausruhen selbstverständlich nicht zu denken sei.

Es mag mir an dieser Stelle gestattet sein, auch über die angeführte Parallele in bezug auf den Lohn, der dieser schweren Belastung gegenübersteht, einige Worte zu sagen! Es ist berechnet, daß nach dieser hohen Tagesdienststundenzahl jährlich eine Zahl von 5110 Arbeitsstunden herauskommt. Nun beträgt der Grundgehalt 900 Mk. und der Höchstgehalt nach 10 Jahren 1500 Mk.; das ergibt einen Stundenlohn beim Grundgehalt von 17,61 Pf. und beim Höchstgehalt nach 10 Jahren Dienstzeit von 29,35 Pf. Bei den Pflegerinnen beträgt der Stundenlohn beim Grundgehalte 13,69 Pf., beim Höchstgehalte 21,82 Pf.

Das Pflegepersonal hat außerdem noch eine ganze Reihe Beschwerden; unter anderen wird hervorgehoben, daß ihnen das Eingehen der Ehe nicht gestattet ist, selbst also den älteren, jedenfalls generell, nicht gestattet ist.

Das Personal hat sich infolge der angeführten Umstände mit einer Eingabe an das zuständige Dezernat gewandt um Abhilfe dieser Ueberlastung und um Besserung der Lage. Ich verkürze meine Ausführungen, wenn ich von weiteren Beschwerden absehe und Ihnen kurz die Punkte der Petition mitteile. Merkwürdigerweise steht an der Spitze die Forderung: 1. Anständige Behandlung des gesamten Personals von seiten der Vorgesetzten, besonders der Oberpfleger, Oberpflegerinnen und Oberschwester; 2. wird gewünscht die Errichtung von Heimen für das dienstfreie Personal; 3. eine Arbeitszeit von wöchentlich 84 Stunden. (Ich glaube, das ist eine nicht unbescheidene Forderung.) Ferner jeden zweiten Sonntag 24 Stunden Urlaub von Mittag bis Mittag; jeden vierten Wochentag Urlaub, wechselnd einmal von mittags 12 Uhr bis früh 6 Uhr, das andere Mal von mittags 12 Uhr bis wieder 12 Uhr mittags; 4. nach Beendigung des ersten Dienstjahres einen Urlaub von sieben aufeinanderfolgenden Tagen, welcher mit jedem weiteren vollendeten Dienstjahr um einen Tag steigt; auch soll dieser Urlaub bei vorkommenden Krankheitsfällen und Ableistung von militärischen Übungen extra bewilligt werden; 5. bei einem Urlaub von einem Tage an und mehr eine Vergütung des Menagegeldes in Höhe von 1 Mk. für den Tag; 6. dienstfreie Zeit kann außerhalb der Anstalt verlebt werden und den Pflegern soll das Heiraten gestattet werden; 7. für verheiratete Pfleger ein Wohnungsgeld von 200 Mk. jährlich während der ersten drei Dienstjahre, dann jährlich 250 Mk., nach dem sechsten Dienstjahre jährlich 300 Mk.; 8. für Pfleger ein Anfangsge-

halt von 1200 Mk. jährlich; bis zum fünften Dienstjahre jährlich um 100 Mk. steigend bis zu einem Höchstgehalt von 2000 Mk.; 9. für Pflegerinnen ein Anfangsgehalt von 1000 Mk. jährlich; bis zum fünften Dienstjahre jährlich um 50 Mk. steigend; dann alle drei Jahre um 50 Mk. steigend bis zu einem Höchst-Jahresgehalt von 1400 Mk.

Diese Petition ist eingereicht worden im Dezember 1905. Ende April 1906 — und ich glaube, auch heute noch — waren die Petenten ohne Bescheid auf ihre Eingabe. Ich denke, es wäre angebracht, das Personal auf solche Petitionen doch nicht allzu lange warten zu lassen.

Und nun, meine Herren, noch eins! Sollte die Vermehrung damit begründet werden, daß eine verstärkte Aufsicht und Ueberwachung der Anstalt notwendig sei, so möchte ich noch auf folgendes aufmerksam machen: In der „Sanitätswarte“ vom 2. März 1906 ist auf einen Fall, der hier ja schon besprochen worden ist, hingewiesen, wonach ein Insasse des Hauses gestorben ist und die Frau erst nach 14 Tagen davon Kenntnis erhalten hat. (Zurufe.) Ich kann mich in der Zeit im Augenbilde irren. Es ist nun mit Bezug auf diesen Fall in der „Sanitätswarte“ gesagt:

„In dieser Sache liegt also eine Nachlässigkeit eines Beamten vor. Das Anstaltspersonal jedoch kann sich über nachlässige Beaufsichtigung nicht beschweren. Vielmehr sind alle Beamten fortgesetzt eifrig um das „Wohlergehen“ des Personals bemüht. Und da kann es dann schon mal vorkommen, daß man vergißt, Angehörige der Verpflegten von deren Abieben in Kenntnis zu setzen.“

Meine Herren, ich bin überzeugt, daß die Aufsicht sehr nötig ist und besonders in einer derartigen Anstalt, aber sie soll sich an die Sache halten und soll nicht anderen Zwecken dienen. Nun weiß ich ja nicht, ob das, was ich in der „Sanitätswarte“ gefunden habe, sich auf Tatsachen stützt. Nebenfalls ist es notwendig, daß das hier aufgeklärt wird durch Auskunft von Staatsseite.

Hier heißt es dann weiter:

„Wahrheitsliebend, wie wir nun einmal sind“ —

Der Vorsitzende: Aber ich bitte, nur das vorzubringen, was mit dem Gegenstande der Tagesordnung in Zusammenhang steht. Bis jetzt haben Sie das in sehr geschickter Weise getan. Ich bitte Sie, nur das heute vorzubringen, was mit der Entlastung der Oberpfleger und Oberpflegerinnen oder mit der Belastung der Pfleger und Pflegerinnen zusammenhängt.

St.-R. Korrektor Uhlig: Vielleicht haben Sie die Güte, nachdem ich das Zitat vorgelesen habe, zu entscheiden, ob es dazu gehört.

Der Vorsitzende: Ich bitte, fortzufahren.

St.-R. Korrektor Uhlig (fortfahrend): Es heißt hier:

„Nebod, wahrheitsliebend, wie wir nun einmal sind, wollen wir feststellen, daß man sich auch angelegentlich nach dem Wohlbefinden der Patienten erkundigt. Sogar der Stadtrat selbst übt diese schöne Tugend. Teilnahmsvoll erkundigte er sich“ —

Der Vorsitzende: Das gehört nicht dazu, Herr Stadtverordneter!

St.-R. Korrektor Uhlig: Dann verzichte ich. Ich glaube im übrigen auch, daß ich das Notwendige gesagt habe.

Ich lege den Ton darauf, daß man nicht allein an die Entlastung des Oberpflegepersonals geht, sondern auch an die Entlastung des Personals im allgemeinen, und daß man seinen Leistungen in bezug auf die Höhe der Gehalte eine entsprechende Gegenleistung gegenüberstellt.

Der Vorsitzende: Alle derartigen Klagen bitte ich beim Haushaltplan vorzubringen; wir kommen sonst vor Wiederholungen nicht vorwärts. Herr Stadtrat Seeling!

Stadtrat Privatmann Seeling: Meine sehr geehrten Herren! Herr Stadtverordneter Uhlig brachte zuletzt vor, daß sich der Stadtrat in der Heil- und Pflegenanstalt um das Wohlbefinden der Kranken auf den Stationen kümmere. Das kann ich mir nur als Ehre anrechnen, und ich halte es auch für meine Pflicht als Verwalter der städtischen Heil- und Pflegeanstalten, mich um die Pfleglinge zu kümmern, namentlich

darum, ob sie von der Pflegerschaft gut behandelt werden, und ich hatte in gewissen Fällen wohl Grund dazu, dies besonders zu tun.

Wenn nun der Herr Vorredner behauptet, daß eine zu starke Belastung des Pflegepersonals stattfindet und nicht der Oberpflegerschaft, so irrt er sich. Wir wissen draußen in der Anstalt sehr wohl, wer überlastet ist. Allerdings paßt einem Teile der Pflegerschaft und das sind die sogenannten Organisierten — eine gute Aufsicht nicht. Sie möchten gern die Herren im Hause spielen. Aber das geht in alle Wege nicht. Ich kann Ihnen nur versichern, meine Herren, daß unser Oberpflegepersonal sehr belastet ist, so daß wir fürchten müssen, daß manche vorzeitig ausspannen müssen. Das wäre zu beauern, denn auch über deren Gesundheit haben wir zu wachen.

Wenn nun die „Sanitätswarte“, welche in einem gewissen Fahrwasser segelt, daß Sie gewiß auch kennen, behauptet, daß der Stundenlohn für die Pfleger nur 15 oder 17 Pf. betrage, so ist eine derartige Berechnung, eine solche Aufmachung, total falsch. Wie steht es denn bei uns? Die Pflegerschaft muß früh um 6 Uhr antreten und hat in der Regel bis abends 8 Uhr Dienst. Aber das ist kein durchgehendes anstrengender Dienst; viele Stunden davon gelten als Dienstbereitschaft, und es haben die Pfleger nur da zu sein für den Fall, daß jemand gebraucht wird. In vielen Stationen helfen die Pfleglinge den Pflegern beim Verrichten der Arbeiten; sie gehen mit in die Küche und tragen die schweren Speisekübel nach den einzelnen Stationen.

Auch wurde bei der Stundenberechnung der Urlaub vergessen, den wir schon seit langer Zeit gewähren. Wir gewähren außer dem Jahresurlaub jedem Pfleger und jeder Pflegerin an einem Wochentage von mittags 1 Uhr bis abends 11 Uhr und an einem weiteren Tage in der Woche von 8 bis 11 Uhr, sowie an jedem dritten Sonn- und Feiertage — also nicht bloß an Sonntagen — einmal von 1—12 Uhr freien Ausgang. Außerdem gehen viele, soweit sie von den Stationen abends abkommen können, bis zu einer Stunde aus der Anstalt. Allerdings, wenn die Pflegerschaft glaubt, man könne ihr, wie sie sich in der an den Rat gerichteten Petition ausspricht, einen Urlaub von 24 Stunden in jeder Woche gewähren, so geht sie fehl. Das geht in einem Krankenhause einfach nicht, denn wir können nicht die Pfleger von früh um 8 Uhr bis zum nächsten Morgen um 8 Uhr gehen lassen. Wir könnten dann solche Nachlampen nicht gebrauchen. (Zustimmung.)

Was die Behandlung unseres Personals betrifft, so kann sich niemand beschweren. Nur einseitig beanlagte Menschen können das Gegenteil behaupten. Wir verlangen aber auch, daß die Pflegerschaft den Kranken eine gute Behandlung angedeihen läßt. (Bravo!)

Was nun den erwähnten Fall Dohan betrifft, so ist er abgetan (Zustimmung). Der Beamte hat genug büßen müssen.

Was dann die Verheiratung von Pflegern anlangt, so heiraten verschiedene, ohne uns erst zu fragen. Fragen Sie doch einmal, wie es bei dergleichen Staatsanstalten gehandhabt wird. Dort muß jeder Pfleger, der die Absicht hat, sich zu verheiraten, um die Genehmigung seiner vorgesetzten Behörden nachsuchen und muß schon bestimmte Jahre im Staatsdienste sein; alsdann wird Erkundigung über die Braut eingezogen, ob sie eine ehrbare Person ist usw. Bei uns fragt man nicht erst; da heißt es: Dieser oder jener hat sich verheiratet. Wir haben vielleicht 8—10 verheiratete Pfleger und die haben uns alle nicht zuvor gefragt.

Mein Bestreben geht nun dahin, daß wir solche Pfleger, die jahrelang ihre Schuldigkeit getan haben, bei der Straßbahn oder in einem anderen städtischen Betriebe unterbringen, wo sie ein richtiges Familienleben führen können. Wir können unsere Pfleger nicht außerhalb der Anstalt wohnen lassen; wir müssen sie immer im Dienste bereit haben.

Dann wurde erwähnt, daß im Irrenhause sogar Pfleger bei Kranken wohnen müssen. Leider ist das der Fall. Unsere Anstalt wurde mit Kranken immer dichter und dichter besetzt, so daß gegenwärtig im Irrenhause einige neunzig Kranke untergebracht sind. Der Krankenpflege-Ausschuß hat heute Abend

seine Zustimmung dazu gegeben, daß die vorhandenen Wäber in einen zu errichtenden Anbau verlegt werden. Ein Teil der hierdurch gewonnenen Räume soll später als Wohnung für das Pflegepersonal dienen. Also auch hierin soll Abhilfe geschaffen werden.

Wenn gesagt wurde, auf 10 bis 11 Pfleglinge käme in der Anstalt ein Pfleger, so ist je nach der Art der Krankheit die Kopfkahl keine so hohe. Sie dürfen unsere Anstalt nicht mit den Krankenhäusern in der Johannstadt und in der Friedrichstadt vergleichen. Es gibt eine ganze Menge mobiler Pfleglinge, von denen auf einen Pfleger 25 bis 30 Köpfe kommen können. Bei solchen Kranken ist soviel Aufsicht nicht nötig. Ich bitte Sie, die Vorlage anzunehmen, denn wir treffen damit das Nichtigste. (Lebhaftes Bravo!)

Der Vorsitzende: Das Wort hat Herr Stadtverordneter Uhlig.

St.-R. Korrektor Uhlig: Meine Herren! Gegen die Vorlage habe ich mich ja gar nicht gewendet; ich habe mich sogar eingangs ausdrücklich dafür ausgesprochen.

Ich möchte kurz dem Herrn Stadtrat erwidern, daß, soweit ich die Petition übersehe, von dem Bestreben, Herr im Hause zu spielen, gar keine Rede sein kann; denn es dreht sich um sehr sachliche Forderungen, die rein in den Anstellungsverhältnissen begründet sind.

Wenn der Herr Stadtrat gesagt hat, daß die hier angegebene Dienstzeit auch nur Dienstbereitschaft in sich schloße, so weiß ich nicht, wie die Sache liegt. Ich kann mich nur an das halten, was mir mitgeteilt ist, und daraus geht allerdings hervor, daß außer der Dienstzeit noch beständig Dienstbereitschaft stattfindet. Daß die Pfleger bei den Kranken schlafen müssen, ist nach meiner Auffassung an sich nicht kritisiert, sondern nur der Umstand, daß gegenüber dieser ungenügenden Schlafzeit nicht eine Zeit der ruhigen Erholung gewährleistet ist; und wenn die Pfleger daraufhin alle zwei Sonntage, nicht etwa wöchentlich, 24 Stunden Urlaub fordern, so ist das aus dem Grunde wohl berechtigt.

Was die Behandlung der Kranken anlangt, so bin ich ja verhindert worden, eine diesbezügliche Stelle zu verlesen, die auch ein Beitrag dazu gewesen sein dürfte. Ich muß infolgedessen darauf verzichten, auf diesen Einwand einzugehen.

Der Vorsitzende: Wünscht noch jemand zu sprechen? — Der Herr Berichterstatter? — Verzichtet. — Das Gutachten wird angenommen.

So also die Verhandlungen. Von dem Pflegepersonal selbst ist uns nun so eine Menge von Tatsachen zugeföhrt worden, daß wir uns genötigt sehen, in einem zweiten Artikel all das ganze Material bearbeiten zu müssen. Dann werden die heteorlogischen Kreise finden, daß die Verhältnisse wesentlich anders liegen.

Sozialdemokratische Interessen-Vertretung verboten

durch das Machtwort des Gewerkevereins der christlichen Krankenpfleger.

Wie von Seiten des Gewerkevereins der Krankenpfleger und Pflegerinnen und verwandter Berufe Deutschlands, Sitz Berlin, praktische Arbeiterpolitik gerrieben wird, zeigt uns eine Zuschrift, welche dieser Tage an den Gauleiter unseres Verbandes, Sebald Mühlend, gerichtet wurde.

Kollege Sebald, der auf einer Agitationstour Regensburg berührte, erfuhrte brieflich einen bekannten Pfleger der Regensburger Irren-Anstalt Markhaus Prüll, ihm den Zeit und Ort behufs einer persönlichen Aussprache bekanntzugeben. Das paßte nun dieser Organisation nicht in den Aram. Muzerband erlies die Berliner Ueberleitung folgenden Ulas:

An Herrn Franz Sebald, München.

Zur Austrage unserer Regensburger Ueberleitung teilen wir Ihnen mit, daß die Regensburger Kollegen sich eine sozialdemokratische Interessenvertretung verboten, auch wünscht sie nicht, mit Deizern, Waschfrauen usw. in einem Verbandsorganisiert zu sein.

Achtungsvoll

Gewerkeverein usw.

J. A. Streiter.

Ja, wenn die Vereitigung der sozialdemokratischen Interessenvertretung so einfach und leicht wäre, dann könnten die Herren

Streiter und Genossen laden. Auf diese Weise geht es aber nicht, selbst dann nicht, wenn man in bestimmter Absicht den roten Zappen schwingt. Meinungs der Arbeiterbewegung vertritt das Schreiben allerdings nicht, dafür sehr viel Nöckchen und Naidität. Daß man in der Arbeiterbewegung Vernünftigeres zu tun hat, wie solches dreifach und unbedachtes Geschreibsel loszulassen, scheint den Brüdern in Christo unbekannt zu sein. Die außerordentlich miserable Lage des Personals der besagten Anstalt gibt auch unserer lieben Oequerin auf dem Organisationsgebiete noch sehr viel zu tun.

Unseres Erachtens nach muß das gesamte Personal in einer Teil-Anstalt einmütig zusammenhalten, ob es sich nun da, wie es in dem Schreiben so verächtlich heißt, um Heizer, Waschfrauen oder um Pfleger und Pflegerinnen handelt, ist dabei gleichgültig. Gerade das in der Regensburger Irren Anstalt Marthaus Prüll verwendete Pflegerpersonal hat keinen Anlaß, über Heizer und Waschfrauen von oben herab zu urteilen. Mit Verlaub zu sagen, sind diese Pfleger und Pflegerinnen in der Hauptsache Leute, die, um einen gut bauerischen Ausdruck zu gebrauchen, eben erst die Rittgabel aus der Hand gelegt, oder, wie es bei den Pflegerinnen der Fall ist, im nächsten Bauerndorf Aufgouvernanten gespielt haben.

Anstatt solchen Nöckchensdüffel zu pflegen und zu fördern, wäre es schon entschieden nützlicher, sich mit dem übrigen Personal solidarisch zu erklären und die so notwendigen Verbesserungen der Gehalts- und Dienstverhältnisse herbeizuführen. Wir erinnern da nur an die fällige Kritik, welche feinerzeit Kollege *M r a m e r* in der „Sanitätswarte“ an den Zuständen in Marthaus Prüll übte; an die berühmte, als Nachsteifen bestimmte Regensburger Wirt, von denen 21 auf ein Pfund geben. Das Personal dieser Anstalt möchte sich an den tapferen Kollegen der oberbayerischen Anstalten ein Beispiel nehmen, und so wie dieses, durch Anschluß an unsern Verband, seine geradezu trostlosen Verhältnisse ändern. Sowie dann diesen Regensburger Kollegen und Kolleginnen beizuhelfen werden, daß sie auf der jetzt verärrerten Bahn nicht vorwärtskommen.

Der vor Ueberhebung strotzende Brief des Gewerkschafts der Krankenpfleger usw. sei damit beantwortet, daß wir weder Luth noch Keigung verüben, uns von dieser Organisation irgend etwas verbieten oder gar einreden zu lassen. Im Gegenteil ist es sehr wahrscheinlich, daß wir uns gerade in der Anstalt Marthaus Prüll noch öfters begegnen werden. Mit der Zeit werden sich dann die Arichte dieser Lebenswürdigkeiten zeigen. *Allo, auf Wiedersehen!*

„Streik“ im Krankenhaus am Urban.

Ein kleiner partieller Streik brach kürzlich im Urban aus, der an und für sich kaum zu registrieren wäre, wenn er nicht so recht die Lage der Krankenhaus-Angestellten illustrierte. Seit langem beklagt sich bereits das Personal über zu kleine, den Vorschriften nicht entsprechende Fleisch- und Wurstatationen. Kritiken in der „Sanitätswarte“ haben wohl etwas Wandel, aber immer nur von sehr kurzer Dauer geschaffen. Die dortige Oberköchin ist eben die personifizierte Sparfaulheit und kann es nicht unter lassen, dem Angestellten etwas abzuknöpfen. Ja, selbst das billige Material hält sie für zu schade für den Genuß; der Anstaltsproletariat. Was es da nützlich Souletten, ein Produkt, welches in der Regel sehr billig hergestellt wird, weil man bei nahe alles dazu verwenden kann. Doch auch hier mußte gepart werden. Daher waren diese Fleischlösungen oft so klein, daß Angestellte sie schon aus Versehen mitgehen haben wollen, ohne es zu wissen. *Allo*, einige Mähdendamen haben sich wieder um Schweife ihres Angeichts angegrenzt, diese Fleischstücke so klein wie möglich herzustellen, um der Oberköchin gerecht zu werden. Doch vergebens, die Oberköchin macht ein großes Vamento über Materialverschwendung usw., ihr waren also die Souletten noch nicht klein genug. Da riß denn unseren Mähdendamen die Geduld. Künftig legten sofort die Arbeit nieder und verlangten vom Anstaltsleiter ihren Lohn. Zu einer definitiven Entlassung kam es allerdings nicht, da Herr Direktor Diesner den Damen gut zuredete und eine monatliche Lohnzulage von 3 Mk. versprach. Die Oberköchin mag wohl auch ihren Küffel bekommen haben, denn sie verlor auch ihrerseits den Jörn der Kolleginnen durch ein Ertragsgericht Blaubeeren wieder zu beaufsichtigen, was ihr denn auch gelungen ist.

Bei der kleinen Geschichte interessiert uns aber mancherlei. Wir wissen, daß das Personal bei den geringfügigsten Anlässen entlassen wird. Ueber die Verabreichung ungenügender Portionen durch die Oberköchin haben aber die Angestellten schon oft geklagt. Wie kommt es nun, daß nicht auch die Oberköchin entlassen wird? Ferner haben unsere Kollegen und Kolleginnen seit Jahren um Aufbesserung ihres Lohnes petitioniert, jedoch ohne Erfolg. In diesem Falle ist aber sofort eine Zulage erfolgt. Hieraus kann das Personal die Lehre ziehen, daß es nur ein wenig Mut zu haben braucht, und es erreicht Vorteile.

All diese Dinge wurden in der letzten Versammlung ein-

gehend erörtert. Hauptsächlich kritisierte man das laßche Verhalten des Arbeiter-Ausschusses. Im Urban bilden die Ausschussmitglieder tatsächlich eine Schugruppe für die Direktion, dabei brauchen diese Kollegen nur einmal das Reglement zu studieren, um zu finden, daß sie Wünsche und Beforderungen des Personals zu vertreten haben. Wo bleibt der Ausschuss, wenn das Personal zusammenkommt, um über seine Lage zu beraten? Ein tüchtiger Ausschuss hätte längst dafür gesorgt, daß die leidge Meisttage und andere Dinge mehr geregelt worden wären. Das Personal hat denn auch absolut kein Vertrauen zu diesem Ausschuss, der die Wünsche desselben in so eigentümlicher Weise vertritt, wie bei der Einreichung der Vorlage zu einer neuen Arbeitsordnung. Die verhältnismäßig gut besuchte Versammlung beschloß, daher einmütig, den Ausschuss aufzufordern, sein Amt niederzulegen.

Aus den Anstalten.

Irren-Anstalt Herzberge. Drei Jahre sind es nun her, als bei uns ein Arbeiter-Ausschuss errichtet wurde. Mit viel Hoffnungen schritten wir damals zur Wahl. Was es doch Dinge genug, die für uns verbesserungsbedürftig waren. So unter anderem die Einführung von kürzerer Dienstzeit, mehr Urlaub, höherem Gehalt, besserer Kost und dergl. Wenn dies durchzuführen uns auch nicht immer gelungen ist, so haben wir aber doch viele Verbesserungen erzielt, die auch jeder von uns zu schätzen weiß. Gewiß hätte der Ausschuss viel mehr leisten können, aber wer da weiß, wie jung damals die ganze Bewegung noch war und unter welchen schwierigen Verhältnissen gearbeitet werden mußte, der wird dies begreiflich finden. War es doch ein ganz unheimlicher Teil Kollegen und Kolleginnen, der sein Teil immer noch darin zu finden glaubte, daß er sich bei seinen Vorgesetzten Weibchen machte und dann Lächerlichkeiten veranstaltete. Letzteres geschah ja in ausgiebiger Weise. Daß das aber zur Zersplitterung der eigenen Kräfte und zu den verschiedensten Mißregulungen durch die Verwaltung führen mußte, das konnten die guten Leuten nicht einsehen. Dabei kam es auch, daß ein Verein, sogenannter „Gesellschaftsverein“, gegründet wurde, und dessen Mitglieder, Herren und Damen, gegen alle Maßnahmen der Organisation arbeiteten. Daß sie sich damit ins eigene Fleisch schneiden, begreifen derartige rassiständige Elemente nicht. Allen Anschein nach wissen diese Kollegen und Kolleginnen noch gar nicht, daß schon reichlich eine und eine halbe Million Arbeiter und Arbeiterinnen der modernen Gewerkschafts-Organisation angehören, und daß erst dann, wenn sie das gleiche tun, für sie bessere Zeiten erblehen.

Aus dem Vorgesagten ist wohl erklärlich, daß bei den Neuwahlen zum Arbeiter-Ausschuss, die am 25. Juli 06 stattfanden, in Herzberge, uns hier der Gesellschaftsverein gegenüberstand. Von beiden Seiten wurde dabei schon wochenlang mit Hochdruck gearbeitet. Nur mit dem Unterschied: von unserer Seite offen, während der Gesellschaftsverein dies im geheimen besorgte. Aber die größten Anstrengungen, alle die Mühe und Müsse, die angewandt wurden, haben nichts genutzt, sie sind zuguterletzt an den gesunden Verstand der Kollegenschaft gescheitert. Auf die Liste des Verbandes fielen 66 Stimmen, während es die Vereinler nur auf 81 Stimmen brachten, trotz der profunden Mitteldergabl. Der Erfolg ist also auf unserer Seite. Wir haben hier wieder den Beweis, daß der Gesellschaftsverein zur Schmach verurteilt ist und auch stets bleiben wird. Für solche Vereine ist eben im 20. Jahrhundert kein Platz mehr vorhanden, sie haben jede Existenzberechtigung verloren. Aber die Herzberger Kollegenschaft sollte sich jetzt auch ein Beispiel daran nehmen; sie sollte nicht einer Handvoll Leute nachlaufen, denen jeder moderne Arbeiter mit Verachtung begegnet; deren Aufgabe es nur ist, unsere Bestrebungen nach mehr Bewegungsfreiheit stets zu vereiteln. Nur in der modernen Organisation können wir auf Erfüllung unserer Wünsche rechnen, nur durch die irrende Organisation können wir vor dem mittelalterlichen Meist- und Logzprung befreit werden. Darum, Kolleginnen und Kollegen, hinein in den Verband! Vereinzelt und wir nichts, vereint alles.

Dresden.

Mittwoch, den 8. August, abends 9 Uhr, im Restaurant „Diana-bad“, Bürgerwiese 22

Zusammenkunft

Hierzu ladet ein

Robert Uhl.

Achtung, Kollegen und Kolleginnen von Groß-Berlin!

Beim Sommerfest am Sonntag, den 15. Juli, in Treptow, ist ein **Vortemonnaie**, enthaltend 6 Mk. und einen goldenen Ring, get. N. 18. 8. 04, verloren worden.

Der ehrliche Finder wird gebeten, dasfelbe im Ortsbureau, Alte Jakobstr. 145, gegen 6 Mk. Fundgeld abzugeben.